

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 29. Oktober 1930

Nummer 87

Bekanntmachung

Achtung! Betriebsvertrauensleute! Aufnahme der Verbandsstatistik!

Aus bestimmten Gründen ist es notwendig geworden, die Termine der Statistik um eine Woche vorzuzulegen. Der Aufnahmezeitpunkt wird hiermit auf

Montag, den 3. November

festgesetzt. Die ausgefüllten Fragebogen sind durch die Ortsvorstände sofort einzusammeln und

spätestens bis zum 10. November

dem Gauvorstand einzusenden.

Wir bitten dringend um Einhaltung dieser Daten.

Berlin, 16. Oktober 1930.

Der Verbandsvorstand

Zum Erkennen von Bleivergiftungen

Zu dem unter obiger Überschrift eingeleiteten Aufsatz in der Nummer 77 d. Z. über unsere wichtigste gewerbliche Vergiftung sei hier nochmals kurz Stellung genommen. Sie ist in der Tat die an der Spitze aller gewerblichen Schädigungen marschierende Erkrankung, das beweist schon ihre Häufigkeit in der zur Entschädigung angemeldeten Berufsrankheiten auf Grund der Gesetze vom 12. Mai 1925 bzw. 11. Februar 1929. So hatte beispielsweise das gewerbehygienische Untersuchungsamt am Hygienischen Institut der Universität Leipzig im Jahre 1927 96,8 Proz. Untersuchungen, welche auf Bleischäden oder Bleivergiftungen hießen, im Jahre 1928 93,8, im Jahre 1929 bei 92,5 Untersuchungen 81,6 Proz.

Die Diagnose der Bleivergiftung ist nun zu jeder Zeit eine sehr distinkte gewesen, weil von ihrer frühen Erkennung in der Tat die Gefährdung so vieler in Bleibetrieben Beschäftigter abhängt. Das Schwergewicht ist auch hier auf die rechtzeitige Erkennung zu legen, denn weit schwerer ist es, eine bereits zum Ausdruck getommene Vergiftung zu heilen, als ihre Anfänge zu erfassen. In der Erkennung der Bleischäden spielen nun einige Punkte eine größere Rolle als andre, allerdings sind hier teilweise irrtümliche Auffassungen vertreten. Von letzteren wird angenommen, daß gewisse äußere Merkmale eine entscheidende Rolle in der Krankheitserkennung spielen, eins von diesen ist beispielsweise die „Bleifarbe“, das Kolorit. Die Wertung dieses Kolorits ist ähnlich dem gefühlsmäßigen, nicht objektiven unterworfen wie etwa der Gesichtsausdruck oder die Gewebsspannung. Wohl wird kein Zweifel bestehen, was darunter zu verstehen ist, wenn die fahlgraue Gesichtsfarbe voll ausgebildet ist und andre Zeichen von Bleivergiftung vorhanden sind, dann nennen wir eine solche Gesichtsfarbe eben Bleikolorit. Was man aber nicht damit erfassen würde, das sind diejenigen Fälle von Bleivergiftung, deren Gesichtsfarbe nicht bläulich, und wo dennoch einwandfreie Zeichen einer Bleiintoxikation vorliegen. Liegt es doch auch an der Pigmentierung und feinsten Durchblutung der Haut oder auch an der individuell manchmal verschiedenen Beschaffenheit der Zellen, ja sogar an nervösen Einflüssen, ob das Kolorit zur Ausbildung gelangen kann. Innerhalb der verschiedenen Abstufungen von graublauer Gesichtsfarbe ist es deshalb auch dem geübten Auge manchmal unmöglich, das Bleikolorit zu erkennen.

Ein andres, zwar weniger schwer in der Bestimmung, dafür aber vielfach trügerisches Moment ist der Bleisaum. Man versteht hierunter eine feine Einlagerung von Schwefelblei in die Schleimhaut hinein, meist am Zahnfleisch, wodurch dieses einen blaugrauen Ton bekommt. Gewiß ist der Bleisaum in diesen Fällen notorischer Bleivergiftung vorhanden, in andern fehlt er aber, oder ist keineswegs so ausgebildet, daß man einen Schluß ziehen kann aus seiner Intensität und dem Grad der Bleivergiftung. Aber auch wenn er einwandfrei nachgewiesen ist, und nicht etwa eine Verfärbung, die meist mit Nüftung und Wulstung des Zahnfleisches verbunden ist und die bei allen möglichen ungesüßten Mündern vorkommen kann, bezeichnet er nicht unbedingt eine Bleivergiftung, sondern zunächst nur Bleiaufnahme. Ob diese von einer Bleischädi-

gung gefolgt wird, hängt nicht unwesentlich von der persönlichen Disposition ab, wie sich der Organismus dazu stellt. Ohne Frage gibt es Angehörige des polygraphischen Gewerbes, welche jahrelang, ja oft jahrzehntelang im Beruf sein können, ohne im geringsten Schaden zu nehmen, während andre schon nach kurzer Zeit einer Bleivergiftung anheimfallen. So erklärt es sich, daß Erkrankungen schon nach zehntägiger Arbeit mit Blei zur Beobachtung gekommen sind, der größte Prozentsatz allerdings (65,1 Proz.) bei mehr als zwölfwöchentlicher Tätigkeit. Woran dies liegt, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten, möglicherweise spielen die Art der Ernährung und Verdauungsvorgänge eine gewisse Rolle.

Bei weitem das wichtigste Zeichen für Bleischädigung finden wir aber im Blut, in gewissen Veränderungen der roten Blutkörperchen, welche als Tippling derselben bekannt ist, welche allerdings noch von andern Frühzeichen der Blutbeschädigung begleitet wird, denen große diagnostische Bedeutung zukommt.

Die Beurteilung dieser Veränderungen erfordert Übung, schon deshalb, weil auch bei Menschen, welche nicht im Bleiberuf sind, gelegentlich solche Blutveränderungen vorkommen. Man würde also leicht zu falschen Schlüssen gelangen, wenn man nicht sorgfältig auf die Berufssparte des Untersuchten, die Art seiner Beschäftigung achten würde.

Es ist bereits von Berufshygiene von dem Einsender die Rede gewesen. Dank unfruchtlicher Gewerbeaufsicht werden die alten Betriebe, wo ein eigener Speiseraum für die Arbeiterschaft nicht existiert, mehr und mehr der Vergangenheit angehören. Die Sauberkeit der Arbeitsräume, ausreichende Entlüftung, festes Staubkleben außerhalb der Arbeitsstätten, häufiges Waschen der Hände sind die Grundbedingungen hygienischer Arbeitsweise in Bleibetrieben.

Wichtig ist selbstverständlich auch die persönliche Hygiene. Zwar hängen in allen Betrieben die schönsten Vorschriften und Bestimmungen, aber was nützen diese, wenn sie nicht durchgeführt werden — oder werden können. Es liegt in der menschlichen Natur, daß man im Umgang mit der Gefahr leicht die Vorsicht außer acht läßt. Es ist keine Frage, daß diejenigen Fälle, wo Bleivergiftungen durch Unreinheit der Hände vorkommen, häufig sind. Gerade die Reinigungsmöglichkeit der Hände stellt eine Klippe dar, an der nur zu oft die hygienischen Bestimmungen scheitern. Ungenügende Handtücher, mangelhaft erwärmtes Wasser, knappe Seifensubstanz sind leider nur zu oft Mithalten, über welche mit Recht Klage geführt wird. In Akkumulatorenfabriken, wo die Schmierer reichlich mit Mennige manipulieren, auch in Farbenfabriken, ist außerdem die Nagelpflege von größter Bedeutung. Dort, wo die persönliche Hygiene streng beobachtet wird von allen Seiten, kann man die Beobachtung machen, daß Bleivergiftungen nicht so häufig sind wie anderswo.

Neben der so wichtigen Blutuntersuchung und der Beobachtung des ganzen klinischen Bildes ist nun noch eine andre Methode vor einigen Jahren ausgetrobt worden, welche aus dem Serum des Betreffenden Veränderungen feststellt, in Verbindung mit einem Farbstoff und der Diffusionsfähigkeit des Serums. Weitere Untersuchungen darüber sind noch im Gange. Bestrebungen, zirkulierendes Blei festzustellen in der Blutbahn und auch in den Detekten, sind schon lange im Gange, und haben auch den Erfolg gehabt, daß es gelingt, kleinste Mengen nachzuweisen. Allerdings sind die Methoden hierfür so fein, daß es mit ihnen gelingt, ganz ähnlich wie beim Arsen nachweis, fast in jedem menschlichen Körper Spuren von Blei zu entdecken. Es kommt also auch hier darauf an, ähnlich wie bei der Untersuchung der Blutkörperchen, diejenige Grenze festzustellen, welche man als die noch normale bezeichnet. Die große Menge von Blut, welche hierzu nötig ist, erleichtert die Feststellung nicht, die Methode selbst ist äußerst langwierig und kompliziert. Ob sie später eine wirklich breitere Anwendung finden kann, erscheint fraglich, zur Klärung zweifelhafter Fälle wird sie nützlich sein, besonders wenn die Methode zu einer einfacheren und rascheren Ausarbeitung sein wird.

Gewiß ist aber, daß das Wichtigste, die Frühfeststellung von Bleivergiftungen, an der Hand der jahrzehntelang erprobten Methode der Färbung auf Blutveränderungen und der körperlichen Symptome, sich immer noch bewährt. Prof. Dr. A. Seitz (Leipzig).

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Kultur

Der Artikel „Massenbildung oder Bildungspsychose“, „Korr.“ Nr. 72, will einerseits auf die zu erfüllende Kulturmission der Arbeiterklasse aufmerksam machen und warnt deshalb vor allzu eifrigem Laien-Spezialistentum und univertellem Berufsbilletantismus. Andererseits aber hält er das Sparteneigenleben für die Erfüllung der „historischen Arbeiteraufgaben“ für geeignet und gibt gleichzeitig zu, daß weiten Kreisen der Kollegenschaft zu Berufsbildungszwecken ihr Spartenorgan genügt.

Wenn im „Korr.“ Nr. 65 in dem Aufsatz „Nationalisierung der beruflichen Bildungsarbeit“ von der Erziehung bester Berufstotalität gesprochen wird, dann erhellt daraus ganz klar, daß eben unter den heutigen schwierigen beruflichen Verhältnissen das blanke Spartenblatt diesen Erfordernissen nur spezial nachkommen kann, und daß der für sein Spezialfach damit „Genüßsame“ eben keinen Blick für die Gesamtzusammenhänge des Berufs gewinnen kann.

Aber statt Antennen und Vorurteil in den außerhalb des Fachspeziums liegenden Berufszusammenhängen soll Einblick und Ubersicht den Sinn fürs Ganze erschließen. Wie anders kann der Sinn fürs Lebensganze erschlossen werden, wenn nicht einmal eine überflüssige Grundlage für den Beruf geschaffen ist? Jeder muß zuvor die kulturellen Veranlagerungen seines Berufs erkannt haben, bevor er überhaupt in der Lage ist, die kulturellen Fügungen des Lebens zu erfassen und sie sich dienstbar zu machen. Zweck und Ziel solchen Verhaltens fördert die Berufsliebe, gibt dem großen Arbeiterleben einermachen Inhalt, erhöht die Achtung vor der Leistung andrer, ohne in unvornehmer Weise überall hineinzufragen zu wollen, geschweige zu können. Eine sinnvolle Berufskennntnis ist kein Berufsbilletantismus, sondern ist die notwendige Grundlage zur Erleichterung im eigenen speziell erlernten Berufsfach.

Die Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen ist innerhalb der Kulturbestrebungen der Menschheit nur ein Teilgebiet, das auch nur teilweisen Einfluß auf die kulturelle Führung der Arbeiterklasse hat. Dem kulturellen Streben der Gewerkschaften obliegt neben sozialer Kulturarbeit in erster Linie die Lohn- und Arbeitsverhältnissregulierung dergestalt, daß es dem Arbeiter wenigstens möglich wird, überhaupt einmal leben zu können. In zweiter Linie kommt hinzu, daß zur Stiltung der gewerkschaftlich kulturellen Forderungen, allen Berufstätigen eine gründliche Arbeitskulturbildung durch eine in allen Teilen konzentrierte Berufsbildung auf die leichteste, billigste, zeit- und kraftsparende Weise ermöglicht wird, um auch den eigenen Beruf als einen wichtigen Kulturfaktor erleben zu lassen. Gerade weil es vielen Arbeitern an Standesbewußtsein mangelt, besteht innerhalb der Arbeiterklasse ein solch ungeheurer Indifferentismus in allen Arbeiterfragen.

Mit der Ausschau auf das „historische“ Kulturstreben der Arbeiterklasse verlassen wir den engeren Rahmen der Gewerkschaft und begeben uns in das Gebiet der politischen Machtverhältnisse, wo der Kulturkampf in Menschheitserziehungskampfbildung durch die Interessensparteien zum Teil verflochten und zum Teil verschleppt wird.

Die Kulturamtsaufklärung der Arbeiterklasse ist eine Frage der politischen Machtverhältnisse. Hierzu aber ist zu beachten, daß mit der menschheitspolitischen Macht eine hohe soziale Bewußtseinsthese mit den Grundfesten einer hochkulturierten Arbeiterschaft in Hand gehen muß, wenn das hochkulturelle Menschheitsideal vom Sozialismus in Erfüllung gehen soll.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit aber hat in zunehmendermaßen Form ohne immer weitere Dezentrafikation die Bildungsethik dergestalt zu pflegen, daß die zum Selbstbewußtsein erregende Arbeiterschaft einen wildigen Klassenkampf zu führen imstande ist. Von dieser Warte aus sollte man die Bildungsaufgaben betrachten und jeder Arbeiter sollte daran teilnehmen. Der „Korrespondent“ muß für uns Buchdrucker das Organ sein, das die gewerkschaftlichen, sozialen und „historischen Aufgaben“ in seinen Spalten ausgiebig erläutert. Die berufliche und zum Teil über den engeren Beruf hinausgehende kulturelle Bildung obliegt dem Bildungsvorstand, der in der Lage sein wird, auch die beruflichen Spezialangelegenheiten unter seine Hut zu bringen. Es erweckt fast den Anschein, als ob dem

Verband und dem Bildungsverband ohne Sparten nicht mehr recht zu trauen wäre, das darf in einer Arbeiterbewegung nicht sein. Oder sieht es nicht aus wie eine Zersplitterung der Gewerkschafts- und Bildungsarbeit, wenn an laundso viel Stellen für uns Buchdrucker gewerkschaftliche, politische, soziale, berufliche, kulturelle und allgemeinbildende Fragen erörtert werden? Wie viel geht da für die Gesamtgehilfenschaft verloren? Oder auch, welche Kraftvergeudung durch oft mehrfache Stoffbehandlung muß hier Platz greifen? Sollen vielleicht in naher Zukunft die Sparten wie Pilze aus dem Boden wachsen und das ganze Verbandsleben überwuchern? Wie lange wird es dauern, dann brauchen die Zeitungssetzer, die Zeitungssetzler, die Maschinenfabriksarbeiter, die Flachdrucker, die Rotations-, die Tiefdrucker, die Offsetdrucker, die Spezialapparatebediener u. a. alle noch Sparten, um sich auch ein „Stückchen Eigenleben“ zu gründen?

Alle diese Sonderorganisierungen gleichen unsrer heutigen Parteiwirtschaft. In unserm Beruf sollte es aber denn doch nicht heißen: „Jedem seine eigene Sparte“, sondern die gesamte gewerkschaftliche Bildungsarbeit gehört in die Hände des Verbandes und des Bildungsverbandes, um zum Träger des kulturellen Fortschritts für die Gehilfenschaft werden zu können.

Im Zusammenschluß liegt die Kraft, im Auseinanderstreben der Zerfall. B.

Zusammenfassung der Kräfte durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften

Jeder Kollege, der regelmäßig die Verbands- und Spartenversammlungen sowie die Versammlungen der Ortsgruppen des Bildungsverbandes besucht, wird festgestellt haben, daß es immer ein und dieselben Kollegen sind, die sich einfinden. Ein sehr großer Teil Verbandsmitglieder steht abseits allen Versammlungslebens, hält es absolut nicht für nötig, sich aktiv am Verbandsleben zu beteiligen; sie schimpfen nur hinterm Rücken über dies und jenes, was die „Bosonen“ hätten besser machen können, ohne daran zu denken, daß es ja ihre eigene Schuld ist, wenn sie nicht in die Versammlung kommen und dort ihre Meinung vertreten. Nur wenn etwas ganz Besonderes vorliegt — z. B. nach Tarifverhandlungen usw. — kann man einen besseren Versammlungsbesuch feststellen. Fürst man nach der Ursache, fragt man die Versammlungswächter nach dem Grund ihres Fernbleibens, so hört man recht oft von einem Jubel an Versammlungen reden, oft nicht ganz mit Unrecht. Es ist in letzter Zeit im „Rorr.“ viel über Zersplitterung, über Leerlauf und von einer Zusammenfassung der Kräfte geschrieben worden. Es liegt mir fern, vielleicht aus diesem Juviel an Versammlungen die Schlussfolgerung zu ziehen, daß etwa die Sparten überflüssig seien. Die Sparten haben ihre Existenzberechtigung bewiesen und manches Gute für den Verband geleistet. Zur Wahrung besonderer tariflicher Befange und Befriedigung spezieller technischer Fragen sind sie meines Erachtens auch heute noch notwendig. Ich halte es für verfehlt, wollte man sie zu Bildungszwecken herabsetzen. Sehr angebracht erscheint mir aber eine Beschränkung der Spartenversammlungen auf das allernotwendigste. Man sollte sich nicht darauf festlegen, daß alle Monate oder alle sechs Wochen eine Versammlung der einzelnen Sparte stattfinden muß, sondern es sollte dem Ermessen der Vorstände überlassen bleiben, wenn es notwendig ist, die Mitglieder zusammenzurufen. Würde man so verfahren, dann könnte man sehr oft und sehr gut mit einer Versammlung im Viertelsjahr, vielleicht manchmal sogar mit noch weniger auskommen. (Auch Gauerfassungen der einzelnen Berufsgruppen, die immer mit großen Kosten verbunden sind und nur selten einen befriedigenden Besuch aufweisen, könnten auf eine oder zwei im Jahre vermindert werden.) Manche Tagesordnung ist bestimmt keine Versammlung wert. Vorträge gehören nach meiner Auffassung nur solche in eine Spartenversammlung, die deren Mitglieder auch nur speziell interessieren. Ich muß es direkt als verfehlt bezeichnen und kann die Notwendigkeit einer Spartenversammlung absolut nicht einsehen, wenn als Haupttagsordnungspunkt ein Vortrag steht, der die Gesamtcollegenchaft oder wenigstens mehrere Sparten gemeinsam angeht. So ist es nicht nur einmal vorgekommen, daß ein Referent über ein und dasselbe Thema in der Ortsgruppe des Bildungsverbandes und mehreren Sparten gesprochen hat. Das ist Leerlauf in des Wortes vollster Bedeutung. Hier ist eine Zusammenfassung der Kräfte unbedingt erforderlich. Es würde Zeit und Geld für nutzlichere Dinge gesparrt; vielleicht ließen sich sogar die Beiträge mancher Sparten ermäßigen. Ein Weniger an Versammlungen würde sicher oft zu einem Mehr an Besuchern führen.

Durch eine Arbeitsgemeinschaft des Bildungsverbandes mit den Sparten unter Hingusiehung des Ortsvereinsvorstandes ließe sich so manches gemeinsam veranstalten. Ich verstepie unter Gründung einer Arbeitsgemeinschaft nicht die Bildung eines neuer Körpers. Die Verwirklichung dieses Gedankens ist denkbar einfach. Die Vertreter des Ortsvereinsvorstandes, der Ortsgruppe des Bildungsverbandes und der Sparten kommen vierteljährlich einmal zu einer Sitzung zusammen und sprechen sich aus über ein gemeinschaftliches Arbeitsprogramm. Dabei ist in erster Linie Rücksicht zu nehmen auf die Versammlungen des Verbandes, d. h. daß diese nicht mit Spartenversammlungen zusammenfallen oder zu kurz aufeinander folgen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Vorträge, die die Gesamtcollegenchaft interessieren, entweder in die Orts- oder in die Bezirksversammlungen zu verlegen sind. Sie können aber auch der Ortsgruppe des Bildungsverbandes als neutrale

Für die langen Winterabende!

Oie Mitglieder der GdGergilde Outenberg (Berlin SW 61) haben freie Auswahl unter jetzt 114 Büchern

Organisation — die sich für die Weiterbildung der Gesamtcollegenchaft einsetzt — übertragen oder als Sonderveranstaltung von der Arbeitsgemeinschaft in die Wege geleitet werden. Vorträge, die sich mit Sprachfragen und Rechtschreibfragen befassen, würden vom Bildungsverband, den Korrektoren sowie Hand- und Maschinensetzern gemeinsam zu übernehmen sein. Aber die Reproduktionstechnik einigen sich eventuell Bildungsverband, Drucker und Stereotypere. Dies sollen nur einige Beispiele sein, die sich beliebig vermehren ließen. Die älteren Lehrlinge könnten zu solchen Vorträgen eingeladen werden. Die entstehenden Kosten für Vortragshonorar und Einladungen würden von den beteiligten Berufsgruppen gemeinsam zu tragen sein. Eine Arbeitsgemeinschaft in dieser Form würde es ermöglichen, Vorträge halten zu lassen, die für die Ortsgruppe des Bildungsverbandes oder die einzelne Sparte zu kostspielig sind. Dadurch würde die ganze Bildungsarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt. Nebenbei sei bemerkt, daß sich mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft auch Kurse verschiedener Art einrichten ließen. Wenn mehrere Berufsgruppen gemeinsam Träger solcher Veranstaltungen sind, wird mit einem besseren Besuch zu rechnen und mancher noch resignierend Absichtstehende zu Teilnahme zu bewegen sein. Gemeinschaftsarbeit in diesem Sinne wäre ein Weg, der sich sehr gut betreten ließe, ohne daß der einzelnen Sparte zu nahe getreten wird, ohne daß das Spartenleben als solches vernachlässigt zu werden braucht. Es kommt weniger darauf an, was etwas bietet, sondern vielmehr darauf, daß der Kollegenchaft Nützliches geboten wird. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß man sich im Rahmen einer solchen Arbeitsgemeinschaft eingehender mit Lehrlingsfragen und dem Fachschulwesen befassen könnte. Dies alles zum Nutzen des Gewerbes, vor allem des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Wir wissen, daß nur eine gewerkschaftlich und technisch gut geschulte Arbeiterchaft in der Lage ist, sich einzusetzen für gerechten Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Denken wir immer daran: Wissen ist Macht! E. E. u. Max Seibel.

Arbeiterchaft und Angestellte

Bisher bestand die weitverbreitete Ansicht, daß dem stürmischen Anwachsen der Industrie eine gleich rasche Vorgehensweise der Arbeiterchaft entgegenstehe. Man glaubte, die Arbeiterchaft sei auf dem besten Wege, im deutschen Volke das zahlenmäßigste Übergewicht zu erröcken. Das Entstehen immer riesenhafterer Unternehmungen, der fortlaufende Konzentrationsprozeß mit seiner fortlaufenden Auflösung kleinerer Betriebe schweberte anhaltend eine Unmasse bürgerlicher Existenzen hinab in das Proletariat. Viele selbständige Kleinindustrielle und Handwerksmeister, besonders aber ihre Nachkommenschaft, waren daraufhin gezwungen, sich ihre Existenzmöglichkeit durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu sichern. Nicht verwunderlich ist es, daß so eine Vorstellung von einem zur Volksmehrheit heranwachsenden Arbeiterheere entstand. In der Hinsicht auf den politischen Kampf um die Verfügungsgewalt im Staate und in der Wirtschaft wurde dieser Entwicklungsprozeß im Rahmen einer politischen Demokratie vom Bürgertum mit größter Befürchtung beobachtet, von der Arbeiterchaft hoffnungslos begrüßt.

Wohl hat sich die Arbeiterchaft zahlenmäßig vergrößert, doch hat sich daneben ein gesellschaftlicher Umstellungsprozeß vollzogen, der für die soziale Struktur noch von größter Bedeutung werden kann. Es handelt sich hier um die im Verhältnis ungleich größere Ausweitung der Angestelltenchaft. Von beruflicher Seite ist schon sehr viel wertvolle Arbeit zur Klärung dieses Problems geleistet worden. Die zahlenmäßige Entwicklung der beiden Erwerbsgruppen kommt sehr gut in einer Berechnung des Internationalen Arbeitsamts zum Ausdruck, die für die Industrie folgende Vergleichszahlen aufstellt:

	Arbeiter	Angestellte
Deutschland	1907 100	100
	1925 112	211
Frankreich	1906 100	100
	1921 114	185
Großbritannien	1907 100	100
	1924 107	156
Bereinigte Staaten von Amerika	1909 100	100
	1919 138	183

In Deutschland haben sich also in der Industrie, wenn man 1907 gleich 100 annimmt, die Zahlen der beschäftigten Arbeiter nur um zwölf Punkte erhöht, während die der Angestellten sich um 111 steigerten. Die absoluten Zahlen für Deutschland betragen im Jahre 1907 etwa 1,5 Millionen Angestellte und 11 Millionen Arbeiter, 1925 waren diese Zahlen angewachsen auf 3,5 Millionen und 14 Millionen. Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen des Deutschen Reiches (umfaßend Selbständige einschließlic mitbesehender Familienmitglieder, Beamte, Soldaten, Angestellte, Arbeiter und Hausangestellte), die eine Höhe von 32 Millionen beträgt, stellt also die Arbeiterchaft noch längst nicht die Hälfte. Dazu kommt, daß die Berufsbedingungen wohl eine langsame Zunahme der beschäftigten Arbeiter befähigen,

daß aber der Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung eine rückläufige Tendenz aufweist. Erst die Zahlen der Arbeiter und Angestellten zusammengenommen ergeben eine Mehrzahl. Für die Arbeiterchaft wird es somit zu einer sehr wichtigen Frage, ob es sich ermöglichen läßt, mit den Angestellten eine gemeinsame Front zu bilden.

Mit dem Wachsen der Industrie ist ein großer Apparat entstanden, der die Aufgabe hat, Produktion und Absatz zu regeln. Einige Schlagworte sind vielleicht geeignet, das etwas bildhafter zu gestalten: Betriebsingenieur, Betriebsstatistiker, Kartanalystiker, Kellamessmann usw. Hauptächlich diese Aufgaben der Produktionsregelung und der Marktregulierung, die für den modernen Kapitalismus lebensnotwendig sind, haben zu der rapiden Ausweitung des Angestelltenkörpers geführt. Einen beträchtlichen Anteil an der Vermehrung der Angestellten haben auch Staat und öffentliche Wirtschaft, Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verfügen heute über ein großes Angestelltenheer. Immer mehr verbreitet sich der Brauch, an die Stelle von Beamten Angestellte einzustellen. Die riesigen Verwaltungskörper der Krankenkassen, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung beschäftigen fast reiflos Angestellte.

Es ist festzustellen, daß der fortschreitende Ausbau der Industrie, einschließlic des durch die Produktionssteigerung notwendig vergrößerten Handelsapparats, die Vergrößerung der Aufgaben des Staates und die Errichtung der großen Sozialversicherungskörper den gewaltigen zahlenmäßigen Anstieg der Angestelltenchaft verurteilt haben. Von der 32 Millionen starken deutschen erwerbstätigen Bevölkerung stellt sie einen Anteil von 3,5 Millionen, also weit über 10 Proz. Es zeigt sich, innerhalb der Gesamtbevölkerung bildet sie eine sehr starke Schicht. Auf Grund dieser Entwicklung glaubt man sich verschiedentlich berechtigt, von der Herausbildung eines „neuen Mittelstandes“ zu reden.

Sehr bezeichnend ist es, daß nur etwa 12 Proz. der Angestellten im AFA-Bund, also freigewerkschaftlich organisiert sind. Allerdings muß noch darauf hingewiesen werden, daß von dieser Mitgliedschaft schon ein überwiegender Teil aus ihrem Arbeitsverhältnis heraus zu freigewerkschaftlicher Organisation veranlaßt wird (Beschäftigung in Konsumgenossenschaften, Arbeiterbetrieben, Sozialversicherungs-förperschaften). Wichtig ist es noch, darauf hinzuweisen, daß ein weiterer großer Teil der freien Angestelltenchaft aus den Angestelltenberufen kommt, die im Betrieb infolge der Art ihrer Berufsarbeit in fortwährende Berührung mit der Arbeiterchaft kommen: die Techniker und die Werkmeister. Es zeigt sich also, nur ganz bestimmte Angestelltengruppen haben, infolge ihrer Berührung mit gewerkschaftlichen Kreisen, die Aufgeschlossenheit für den Anschluß an Gewerkschaften aufgebracht, die sich als letztes Ziel die Umgestaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsform in eine, vergesellschaftete Wirtschaft gestellt haben.

Ein weiteres Zeichen der Angestellten ist im Gewerkschaftsbund der Angestellten zusammenschlossen. Der GdA. gehört zu den deutschen Gewerkschaftsring und steht politisch den Demokraten, jetzt anscheinend ihrer Erbin, der Staatspartei, nahe.

Eine sehr eingehende Beachtung verdient der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag). Auch er umfaßt etwa 400 000 Mitglieder, die zumeist zu der Mitgliedschaft seiner Hauptverbände, „Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband“ und „Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten“, gehören. Die Mitglieder sehen sich fast reiflos, im Gegensatz zum AFA-Bund, aus Handels- und Büroangestellten zusammen. Der Gedag gehört zum christlichen Gewerkschaftsbund. Durch Ausbau der sogenannten Querverbindungen ist es ihm gelungen, parlamentarische Vertreter in alle Fraktionen, vom Zentrum nach rechts, zu bringen, einschließlic der Nationalsozialisten. Nur Augenblick hat es verstanden, auch diese Angestellten los zu werden. Der Gedag ist christlich-national, antisozialistisch und antisemitisch. Gewerkschaftspolitisch ist diese Organisation oft sehr radikal, was die Sympathien der Unternehmer gelegentlich etwas getrübt hat und gelegentlich zu wohlwollend-väterlichen Ermahnungen in der Unternehmerrreise geführt hat.

Die antisozialistische Haltung des Gedag und vor allem seines aktiven Teils, des DSA, entspringt aus der strikten Ablehnung einer Zurechnung der Angestellten zur Arbeiterchaft. Mit allen Kräften bemüht sich diese Organisation darum, den Nachweis zu liefern, daß das zahlenmäßige Heranwachsen der Angestelltenchaft die Herausbildung einer neuen Gesellschaftsschicht bedeutet, eines „neuen Mittelstandes“. Die schon angeführten Untersuchungen Emil Lederers, Otto Suhrs und S. Kracawers haben jedoch in der neusten Zeit zu einer teilweisen Erschlüchterung des DSA-Standpunktes geführt. Heute wird zugegeben, daß der Begriff des Angestellten nicht ökonomisch zu fassen ist, sondern Angestellte und Arbeiter zu der gleichen wirtschaftlichen Kategorie zu rechnen sind. Auch die Angestellten leben heute fast nur von Arbeitseinkommen, das auch nur, so weit als ihnen die Bewertung ihrer Arbeitskraft möglich ist. Für sie besteht die gleiche Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt wie für den Arbeiter. Auch sie müssen sich im Betrieb wie der Arbeiter dem fremden Willen des Unternehmers unterwerfen. Auf Grund dieser wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tatsachen wird es jetzt zugegeben, daß es möglich ist, die Angestellten und Arbeiter zu einer gemeinsamen sozialen Klasse zu rechnen. (Schluß folgt.)

* Vgl. „Das Sozialbewußtsein der Angestellten“. (L. Raufmann in Recht und Wirtschaft, Juni 1930.)

Korrespondenzen

Berlin. In unsrer außerordentlich stark besuchten Generalversammlung am 10. Oktober berichtete Gauvorfesher Braun über das dritte Quartal 1930. Die steigende Arbeitslosigkeit, die Einführung der Notverordnungen, die Reichstagswahl, die Klage der Unternehmer gegen den Berliner Gau, die politischen Wirren und vieles andere haben Aufregung und Arbeit in Hülle und Fülle gebracht. Um die Einführung der Notverordnung zu verhindern, sind die Organisationsvorstände im Reichsarbeitsministerium und bei verschiedenen Reichstagsabgeordneten vorstellig geworden; leider ohne Erfolg. Hoffen wir, daß der neue Reichstag diese Diktaturklasse aufhebt oder mildert. Von den sieben Berliner Gewerkschaften zur Bundeschule des DGB, in Bernau hat der Verbandsvorstand zwei Kollegen berüchtigt. Im Oktober haben bis jetzt 197 Lehrlinge ausgetreten; nämlich 124 Seher, 60 Bruder und 13 Stereotypen. Die bei den Tarifverhandlungen im Februar neugegründete Lehrlingsstaffel brachte eine kleine Verbesserung. Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer verweigerte jedoch dem § 23a des Tarifs die Genehmigung und erst in einer Verhandlung der Kollegen Fülle, Albrecht und Reinke (Stettin) mit den Vertretern der Prinzipale und der Berliner Handwerkskammer wurde nach heftigen Auseinandersetzungen beschloffen, die neue Lehrlingsstaffel ab 8. Oktober voll in Kraft treten zu lassen. Der Mitgliederbestand betrug am 29. Juni 16141, am 8. Oktober 16052; ist also um 89 Mitglieder gesunken. Am 9. Oktober waren 3514 Arbeitslose beim Nachweis eingetragen. Mögen auch darunter einige Hundert Papierfabriken sein, die sich nicht abgemeldet haben, so ist doch die Zahl erschreckend hoch. 1697 davon erhielten Hauptunterstützung, 721 Krisenunterstützung; zusammen 2418. Vom Verband und Gau wurden regulär unterstützt 1226; 740 Ausgezeichnete erhielten die Notstandsunterstützung des Verbandes von 5, 7,50 oder 10 M. Die Gau-Sonderunterstützung an Ausgezeichnete von 25 M. pro Monat erhielten 1200 Kollegen. 133 Firmen haben bis jetzt Kurzarbeit angemeldet und 20 Firmen haben gänzliche oder teilweise Stilllegung vornehmen müssen. Verband und Gau haben alles getan, um die arbeitslosen Kollegen moralisch und finanziell zu unterstützen. Eine Besserung unsrer Lage ist nur dann zu erhoffen, wenn die Kaufkraft der Arbeiterschaft gesteigert wird und diese auch etwas für kulturelle Zwecke ausgeben kann. Die Feindschaft der deutschen Unternehmer gegen eine vernünftige Sozialpolitik und gegen die Verkürzung der Arbeitszeit verschärfte die Krise noch. Bei den Manteltarifverhandlungen wurde auf Beschluß unsres Frankfurter Verbandstages die 42-Stunden-Woche gefordert. An der Engstirnigkeit der Unternehmer und der Schlichter ist dieser Antrag gescheitert. Einzelne Berliner Unternehmer versuchten sogar einen verschleierten Lohnsenkungsvorhaben. Weil sich dies die geschlossenen Kollegenschaft nicht ohne Gegenwehr gefallen ließ, wurden Verband und Gauvorstand verknagt. (Sachverhalt und Urteil ist im „Korr.“ Nr. 82 abgedruckt.) Ob sich unsre Gegenspieler damit beruhigen oder nach diesem „Sieg“ an eine höhere Infanz gehen werden, wird von uns in Ruhe abgewartet. Auf der Jahresversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs in Harburg äußerten die Unternehmer Lohnabbaubehauptungen und ließen sich dies durch den Professor Wiebbecke wissenschaftlich begründen. Letzterem ersuchen eine Lohnfestlegung sozialpolitisch nicht bedenklich. Man sollte nun annehmen, daß die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft eine geschlossene Abwehrfront erforderlich mache. Wer das glaubt, der irt! Die sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) geht jetzt dazu über, wie Braun an zahlreichen Dokumenten nachweisen konnte, eine Nebenorganisation mit den gewerkschaftlich Unorganisierten zu schaffen. Die von den Ausgeschlossenen des DGB, gegründeten kommunistischen Splittergruppen sollen von der RGO gefördert werden. Mit aller Offenheit geht man jetzt zu Zerstücklungsmaßnahmen über, um Organisationen mit eigener Zeitung, eigener Presse, Registrierung und Beitragszahlung zu schaffen. Das werden sich Verbands- und Gauvorstand und die Berliner Mitgliedschaft natürlich nicht gefallen lassen. Wer Mitglied der RGO ist, oder wird, scheidet nach unsrer Verbandsstatuten von selbst aus dem Verband aus; ebenso ergreift es den Kollegen, die sich zu dem Kongress der RGO, des graphischen Gewerbes am 24. Oktober delegieren lassen. Auf die elf Bezirksversammlungen zurückkommend, erklärte Braun, daß in sechs Bezirken Resolutionen der RGO, eingebracht worden seien, die aber an dem gefundenen Sinn der Berliner Kollegenschaft gescheitert sind. Dasselbe Bild habe sich bei der Erhöhung des Gaubeitrages gezeigt, trotz des Protestes der RGO, die in allen Bezirken etwa 170 Stimmen aufbrachte, bei etwa 2800 Teilnehmern. Am Schluß seiner Ausführungen stellte Braun fest, daß ein Beschlissimus der Kollegen gar keine Berechtigung habe. Die Wirtschaftskrisen vor dem Kriege und in den Jahren 1923 und 1924 seien auch überstanden worden, obwohl die Arbeitslosigkeit Ende 1923 noch größer war. Als erster Disziplinensprecher meinte W a t h e, daß die Opposition zuerst die Frage des Siebenländertages angeschnitten hätte. 3000 Arbeitslose zwingen uns, der Frage näherzutreten. Die Frage der Kündigung des Lohntrags sei zum Vorliegenden nicht erwähnt worden. Aus der „Zeitschrift“ geht hervor, daß die Unternehmer den Lohntrags kündigen würden. Redner brachte eine Resolution ein, die die 40-Stunden-Woche und 10 M. Lohnzulage fordert. Er protestierte gegen die angekündigten Maßnahmen des Gauvorstandes gegen die RGO. Man bestätigte wohl, daß der Buchdruckerverband in die Hände der Opposition übergehen könnte. Nach dem Verbandsstatut hätte der „Korr.“ und die „Gaumittelungen“ nicht für die SPD, Propaganda machen dürfen. Sie g e t r a t als Betriebsrat einer Großdruckerei dem Vordere temperamentvoll entgegen. Bei W l e i n h a b e r der RGO-Betriebsrat von der Geschäftsführung die Entfernung der von den graphischen Gewerkschaften angeschlagenen Plakate gefordert, weil diese die Wiedererrichtung eines von den Kommunisten gemäßigten Hilfsarbeiters verlangen. Der „revolutionäre“ Betriebsrat habe erklärt, daß nur über jene Leiche der Weg den Hilfsarbeiter in den Betrieb führe, trotzdem hat dieser ohne Erschütterung des Betriebes angefangen. Alle Karolen Wathes seien nur Phrasen. Vierstündige Proteststreiks der RGO, werden in die Mittagspause gelegt. Redner führte noch an, daß in seinem Betrieb auf Wunsch einer Arbeitslosenkommission zehn Hilfsarbeiter am Wochtag mehr beschäftigt wurden.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Wagner in Kottbus
Eingetreten: 31. Oktober 1880 — Jetzt Invalide

während die „Revolutionären“ bei W l e i n h a b e r dies verhindern. Wer hilft also den Arbeitslosen? Die RGO macht ihnen wohl große Versprechungen, verwirklicht diese jedoch nicht. W e i c h e n gab der Meinung Ausdruck, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die auch eine Folge der Nationalisierung sei, unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordere. Er verdrängte die materielle und ideelle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei durch den DGB, den „Korr.“ und die „Gaumittelungen“. Die Kommunisten sollten in ihrem Siegestaumel nicht übersehen, daß die reaktionären Nationalsozialisten gewaltig gewachsen sind. In ähnlicher Weise äußerte sich K r i m m. In keinem Schlüssel erwiderte B r a u n dem Kollegen W a t h e, daß demnach die Gauvorfesher über die Kündigung des Lohntrags und eventuelle Lohnforderungen entscheiden werden. Es bedürfe deswegen keiner Resolution. Wer eine neue Organisation gründen wolle, wie W a t h e, sei ein Spalter und verführe sich an der Arbeiterschaft. Bei der Unterstützung der bürgerlichen Parteien durch das Unternehmertum bei der Reichstagswahl hätten auch die Gewerkschaften im Wahlkampf nicht Gewehr bei Fuß stehen bleiben können. H e g e l habe praktische Solidarität mit den Arbeitslosen bewiesen, die Belegschaft der kommunistischen „Roten Fabrik“ habe dagegen beschloffen, sich zur Herstellung von Propagandainstrumenten zum Wahlkampf der SPD, in ihrer Freizeit zur Verfügung zu stellen. B r a u n warnte noch einmal, mer W l e i n h a b e r, der RGO, wird, wird ausgeschlossen. In der Abstimmung wurde die Resolution W a t h e mit 35 Stimmen abgelehnt. — Aber die Notwendigkeit der Erhöhung des Gaubeitrages um 30 Pf. referierte Gauvorfesher S c h l e f f e r. Die Einnahme der Gantage für die Unterstützung der Ausgezeichneten mit monatlich 25 M. hat in den drei Quartalen 1930 75 100 M. ergeben, während 193 625 M. ausgegeben wurden, es sei also ein Verlust von 118 25 M. zu verzeichnen. An Gauzuschüssen und Extrazustellungen sind an Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten 884 468 M. ausgeschüttet worden; vom Verband in derselben Zeit 534 697,75 M.; außerdem 105 777,50 M. Extrazustellung; Verband und Gau insgesamt 1 024 843,25 M. — Kollege E n g e l m e i e r, derzeitiger Vorsitzender des Brandenburgischen Maschinenfabrikervereins, sprach sich im Auftrage der Opposition gegen die Erhöhung des Gaubeitrages aus. Unter klirrenden Unterbrechungen aus der Versammlung erwähnte Engelmeier, daß die Berliner Maschinenfabriker deshalb eine besondere „Schlebung“ gemacht hätten, weil die arbeitslosen Maschinenfabriker von der Hand in den Mund leben müßten und sie verhindern wollten, daß die Arbeitslosen auf dem Nachweis zu Lohntragswürden werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit müsse auf andere Weise gelöst werden. Während der Rede Engelmeiers verschaffte sich ein Stoßtrupp der RGO, durch Erbrechen der Türen unter Führung des Kollegen Richard Krause (geboren in Reichenaun) Zutritt zur Galerie, um die Versammlung zu fören. Krause wollte von der Galerie zur Versammlung sprechen, obwohl sechs Vertrauensleute der Arbeitslosen aller Sparten sich und Stimme in der Generalversammlung haben. Krause mußte nach dreimaliger Aufforderung von der Galerie gewaltsam entfernt werden und wurde sofort aus dem Verband wegen seines Verhaltens ausgeschlossen. Erst nachdem dieser von der RGO, provozierte Zwischenfall beendet war, konnte Engelmeier seine Polemik gegen den Gauvorstand und gegen die Erhöhung des Gaubeitrages beenden. Der arbeitslose Kollege W e i g a n d wandte sich scharf gegen Engelmeier, der jedes Solidaritätsgefühl gegenüber den Arbeitslosen vermissen lasse. I e m a n n bezeichnete Engelmeiers Ausführungen als beschämend. Der Oppositionelle W i l l i S c h m i d t forderte in einer Resolution die Ablehnung der Erhöhung des Gaubeitrages und die Verwendung des Verbandsvermögens für die Arbeitslosen. S c h l e f f e r bezeichnete die Ausführungen Engelmeiers als Demagogie, da die Maschinenfabriker einen viel höheren Extrazustellung für die Arbeitslosen fordern als der Gau, was aus folgender Postkarte an die Vertrauensleute der Maschinenfabriker hervorgeht: „Die am 17. September 1930 durch die Arbeitslosenkommission einberufene Vertrauensmännerversammlung behandelte die durch die steigende Erwerbslosenzahl notwendig gewordene erweiterten Hilfsmaßnahmen. Die Versammlung beschloß darauf, ab 19. September den bisherigen Unterstützungslohn (soll heißen: Beitrag!) Der Schrift.“ von einer Mark auf 3 M. pro Woche zu erhöhen und bitten wir um reifliche Durchführung dieses Beschlusses. Der Vorstand des BVM. Der Technische Ausschuss.“ Entgegen allen Beschlüssen der Gauvorfesherkonferenzen, des Verbandstages usw. zahlte die Berliner Maschinenfabri-

sparte immer noch Zuschüsse an die Arbeitslosen und verlangte hohe Extrazustellungen. Die Solidarität mit der Gesamtheit der arbeitslosen Kollegen lasse man jedoch vermissen, indem man sich gegen eine Erhöhung des Gaubeitrages sträubte. In der Abstimmung wurde die Erhöhung des Gaubeitrages gegen 12 Stimmen beschloffen. Die Resolution Schmidt war damit erledigt. — Als Vertreter der Korrektoren im Gauvorstand wurde Richard Luge bestätigt. F. T.

A a c h s c h r i f t. Als der kommunistische Stoßtrupp in der obigen Versammlung von der Galerie entfernt wurde, bemerkten einige Kollegen, daß die Versammlungsleiter Stuhlbeine unter ihrem Mantel versteckt hielten. Deshalb wurde nach Schluß der Versammlung der Zugang zur Galerie von einigen Vorstandmitgliedern mit dem Stom des Gewerkschaftshauses abgelehnt. Es wurden eine Staffe und zwei Stuhlbeine gefunden, „geistige“ Waffen, die Krause Selbsthelfer auf ihrer Fahrt mitgeworfen hatten. — Am Sonnabend, dem 11. Oktober, fand eine von der RGO, einberufene Arbeitslosenversammlung statt, die von nur 6 Proz. Arbeitslosen besucht war. Der ausgeschlossene K r a u s e führte den Vorsitz, während der vom Gauvorstand anerkannte Arbeitslosenvertreter der Drucker, W e i c h e n, einen unwahren Bericht von der Generalversammlung erstattete. Ein arbeitsloser Delegierter wollte diese Ausführungen richtigstellen. Man erteilte ihm das Wort mit dem Bemerkten, daß er ein Spitzel des Gauvorstandes sei. Die Versammlungsleitung gab damit das Signal zum Angriff auf diesen Kollegen, der dann ausgewiesen und durch den Saal geschleift wurde. — Arbeitslose Kollegen, meidet deshalb die Versammlungen der RGO, auch wenn sie euch Redefreiheit und „freies Geleit“ zusichern, und besuche die Bezirksversammlungen eurer Delegation!

G e m i n i. In unsrer Versammlung am 11. Oktober, in der Kollege D. F i e d e r (Berlin) über „Zweck und Ziel der Handfegerpartei“ referierte, war selber nur mäßig besucht. Der Redner verstand es in überzeugender Weise, der Versammlung die Bedeutung der Handfegerpartei vor Augen zu führen. Die Zentralkommission der Handfeger, die auf dem letzten Verbandstag in Frankfurt a. M. offiziell anerkannt worden war, umfaßt jetzt 131 Vereinigungen mit 19 000 Handfegern. Das sind 40 Proz. Sie bewegt die Wahrnehmung der beruflichen und tariflichen Interessen sowie die technische Fortbildung ihrer Mitglieder. Durch die Vernehmung der Sehmashinen in einer größeren Zahl ist der Handfeger zum Spezialarbeiter geworden und er hat deshalb auch genau wie jedes andere Spartenmitglied das Recht und die Pflicht, sich in der Handfegerpartei zu organisieren. Vor 30 Jahren gab es noch 75 Proz. Handfeger, heute nur noch 48 Proz. Die Arbeitslosigkeit beträgt bei den Handfegern zwei Drittel, bei den übrigen Sparten zusammen nur ein Drittel. Das beweist, wie notwendig der Zusammenstoß der Handfeger war. Das Zusammenarbeiten mit dem Bildungsverband ist ein gutes zu nennen, an vielen Orten sind Arbeitsgemeinschaften gegründet worden. Das überlegt glatt die etwa auftauchende Meinung, daß durch die Handfegerpartei der Bildungsverband geschädigt werden könnte. Sämtliche Sparten wirken im Rahmen der Gesamtorganisation zum Nutzen der Kollegenschaft. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine vor trefflichen Ausführungen. Eine Ansprache fand nicht statt. Nun liegt es an den Handfegern selbst, in der nächsten Mitgliederversammlung eine Kommission zu bilden, die die Vorarbeiten zur Gründung einer Handfegerpartei in die Hand nimmt. Nachdem Gauvorfesher D e r k e l t noch einige Verbesserungen für arbeitslose Buchdrucker durch das hiesige Arbeitsamt bekanntgegeben hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

D a n z i g. In der außerordentlichen Hauptversammlung des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) am 1. Oktober wurde die vom Verbandsvorstand zur Fortführung der Notstandsunterstützungszahlung an ausgezeichnete Arbeitslose beschlossene Beitragserhöhung vor das Forum der Gaumitgliedschaft gebracht. Es war bereits am 24. September eine Stellungnahme der Vertrauensmännerkonferenz hierzu erfolgt, in der dem Vorstandsantrag, den Beitrag für Danzig ab viertes Quartal 1930 auf 3,60 Gulden festzusetzen, was eine Erhöhung um 30 Guldenpfennige bedeutet, die Zustimmung gegeben wurde. Auch die Versammlung ließ das erforderliche Maß von Einfühlung in die Arbeitslosennot und Verständnis für weitere Hilfeleistung nicht vermissen und erklärte nach vorausgegangener kurzer Debatte einstimmig ihre Einwilligung zu der beantragten Beitragserhöhung. Der Tagesordnungspunkt „Geschäftliches“, der den Anfang der Versammlung bildete und mit verschiedenen Vereinstinteria ausgefüllt war, diente auch dem ehrenwerten Gedanken eines verstorbenen Mitgliedes. Von namenhafter Wichtigkeit war Punkt 3 der Tagesordnung, der einen Vortrag vom Arbeitersekretär P a u l R o s k o w s k i verzeichnete über „Die Krankentafelwahlen in Danzig“. Das Referat vermittelte zu den am 12. Oktober vorgenommenen Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig zweidienliche, ausgiebige Auffklärung und schloß mit dem Appell an die Mitglieder, den Sieg der Wahlvorschlagsliste der freien Gewerkschaften mit herbeiführen zu helfen. Mit einer Ansprache, in der einzelne Mängel der Danziger Krankentafelwahlen kritisiert wurden, insonderheit die rigorose, wahllose Nachuntersuchungsmethode durch die Kontrollärzte, erreichte die zufriedenstellend besuchte Versammlung ihren Abschluß.

D r e s d e n. In unsrer Versammlung vom 1. Oktober hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen, in der Hauptsache wohl aus dem Grunde, daß wieder einmal nach langen, langen Jahren ein Verbandsvorsitzender in unsrer Mitte weilte. Kollege D e t t o R a u h hatte das Thema „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“ zu seinem Vortrag gewählt. Er zeigte zunächst die Ursachen der jetzigen Weltwirtschaftskrise klar und deutlich auf. Die Auswirkungen dieser Krise versuchen nun die Unternehmer dazu zu benutzen, um einen großen Angriffskamp gegen die Erwerbslosen der Arbeiterschaft durchzuführen. Auch die Nationalisierung behandelte er in seinen Ausführungen. Gegen die Nationalisierung hätten die Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie in der richtigen Weise angewandt würde, so daß sie sich nicht zum Ruhm der Arbeiterschaft auswirken könne, sondern auch für sie ein Segen wäre. Nationalisierung heißt: vernunftgemäßes Wirtschaften. Wenn sie auch den Arbeitern zugute kommen

soß, so gibt es nur ein Mittel: Preisentzug und Verkürzung der Arbeitszeit. In Deutschland sind gegenwärtig drei Millionen Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert, und ein Ende dieser wirtschaftlichen Not sei noch nicht abzusehen, im Gegenteil, es müsse noch mit einer weiteren Steigerung dieser Ziffer gerechnet werden. Aber bei allen Betrachtungen über die Lage in wirtschaftlicher Beziehung dürfen die Tatsachen nie außer Rechnung gestellt werden. Von den Wertigkeiten in Deutschland sei bis jetzt nur ein Drittel gewerkschaftlich organisiert. Zwei Drittel sind inorganisiert. Hier sei noch ein weites Feld zu beackern, es seien aber auch daraus die Schwierigkeiten zu ersehen, mit denen die Gewerkschaften rechnen müssen. Kollege Krauß wartete mit reichhaltigem und gutem Material zur Belegung seiner Behauptungen auf und ging auch auf das politische Gebiet über. Die Nationalsozialisten, die ihren Namen wenigstens in ihrem leichten Teil zu Unrecht und lediglich zur Zierde ihrer indifferenter Arbeiter angenommen haben, versuchen jetzt ähnhlich wie die Kommunisten, die Gewerkschaften zu zerschlagen, und zwar auf dem Wege der Fellenbildung. Hier gelte es wachsam und auf dem Posten zu sein. Was die Aufzucht des „Dritten Reiches“ für uns bedeuten würde, das könne sich jeder Vernünftige selbst denken. Wir werden gezwungen, den Kampf nach zwei Fronten in Zukunft zu führen, gegen unsere „Freunde von links und von rechts“. Darum appellierte Redner an die Vernunft aller Kollegen, die Einigkeit zu pflegen und nicht das letzte Bollwerk der Arbeiterkraft, nämlich die Gewerkschaften, zu zerschlagen. Angestrebt werden müsse eine Verbilligung der Güter. Jedoch Preisrückgang u n d Lohnsenkung seien schwer vereinbar miteinander. Bis jetzt merkte man von der angelegentlichsten Preisentzug noch nichts, ja, die Nahrungsmittelpreise sind gestiegen, andre gleichgeblieben, obwohl die Weltmarktpreise ganz erheblich gesunken sind. Woher kommt das? Das liegt in den staatlichen Gesetzen durch Zölle an die Landwirtschaft begründet sowie an den Preisbindungen der Kartelle. Kollege Krauß belegte auch diese Behauptung durch zahlreiches Material. Der Unternehmer sieht die Neubelastung der Wirtschaft nur in der Senkung der jetzigen Löhne, und diesem beabsichtigten Lohnabbau muß stärker Widerstand entgegengesetzt werden. Dazu sei allerdings die Geschlossenheit der Arbeiterkraft mehr denn je notwendig. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei in das Programm der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgenommen worden und diese berechtigte Forderung werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Oberstes Gesetz der Gewerkschaften sei, für Unterbringung der Arbeitslosen besorgt zu sein, und darum, so rief der Referent aus, wer den Fortschritt will, der tue seine Pflicht. Bekannter und anhaltender Beifall belohnte den Redner. Nachdem sieben Diskussionsredner gesprochen hatten, konnte Kollege Krauß in seinem Schlusswort alle schiefen und falschen Behauptungen richtigstellen. Mitteilungen des Kollegen Schimann über örtliche Vorkommnisse beschloß die Versammlung.

Erurt. (Handseher.) Am 5. Oktober unternahm unsere hiesige Vereinigung eine Studienfahrt nach Leipzig. In früher Morgenstunde versammelte sich eine stattliche Anzahl Erfurter und Arnstädter Kollegen am Bahnhof. Kurz vor 9 Uhr fuhren wir in die nächste Halle des Leipziger Hauptbahnhofes ein. Raum aber hatten wir den Kontakt mit den Leipziger Kollegen hergestellt und die Straße betreten, da bot sich uns ein übermäßig großes Schauspiel der Technik: Über dem monumentalen Bau des Bahnhofes treuzte das Luftschiff „Graf Zeppelin“. Doch viel Zeit zu Betrachtungen war nicht gegeben, sollte doch ein reichhaltiges Tagesprogramm ausgefüllt werden. Dieses begann nach kurzer Stärkung mit der Besichtigung der Schriftgießerei Ludwig Wagner. Sehr viel konnten unsere Kollegen hierbei lernen und viel Wissenswertes mit nach Hause nehmen. Die Firma hatte sich in lobenswerter Weise bereit erklärt, den Betrieb in allen Einzelheiten vorzuführen, von der Herstellung der Matrize bis zur Fertigstellung der Druckbuchstaben einerseits und der Fabrikation von Messinglinien andererseits. Genaueste Präzisionsarbeit wird hier von unsern Schriftgießerkollegen verlangt und geleistet. Besonders in der Abteilung Messinglinien wurden Schneidmaschinen gezeigt, die an Genauigkeit nicht zu überbieten sind. Die Kompletzgleichmaschinen in vollem Arbeitsgang, mit der Herstellung von Schriftgraden von Nonpareille bis 6 und 7 Cicero fanden besonderes Interesse bei den Kollegen. So vergingen drei Stunden, bis alles gesehen und erklärt war. Aber auch die Kollegialität wird durch eine solche Besichtigung gefördert, indem sie den Schriftsetzer und -verbraucher, also den Schriftgießer, den Setzer und den Drucker einander näherbringt. Der nächste Besuch galt dem Wälzschlächtdenkmal. Aber auch hier gab es kein lautes Verweilen, und in rascher Fahrt ging es zur Besichtigung der Blindendruckerei. Daß auch hier Gelegenheit geboten war, viel Neues und Eigenartiges zu sehen, versteht sich von selbst. Mehrere Kollegen staketen auch dem zoologischen Garten einen Besuch ab. Auch sie kamen voll auf ihre Rechnung. Der Abend brachte noch einige fröhliche Stunden kollegialer Verbundenheit im Kreise der Leipziger Kollegen. Nur zu schnell verging die Zeit, bis die Stunde der Abfahrt herangekommen war.

Frankfurt a. M. In unsern Bezi r s v e r s a m l u n g am 7. Oktober hatten sich die Kollegen und Bekehrte in ansehnlicher Zahl eingefunden. Galt es doch, außer der Erledigung der sonst üblichen Tagesordnungspunkte einen Vortrag des Kollegen K e p p e s entgegenzunehmen, in dem unter Verwendung von 50 zu diesem Zweck besonders angefertigte Diapositive „Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Organisation und Mitglied“ behandelt wurden. Angefangen von der Ausfüllung des Aufnahmehescheins für die Bekehrungsabteilung bis zur Sterbegeldabteilung wurden alle organisatorischen Vorgänge auf die Leinwand gebannt und wirkungsvoll erläutert. Eine besondere Würdigung fanden die außerordentlich hohen Ausgaben, die in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise auf dem Gebiet der Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung gemacht werden müssen, wobei die Erhebung des Extrabeitrages von 10 auf 30 Pf. nicht nur als eine zwingende Notwendigkeit, sondern als eine selbstverständliche Pflicht der Solidarität aller noch in Arbeit befindlichen Kollegen bezeichnet wurde. Den Abschluß des mit allgemeinem Interesse und starkem Beifall aufgenommenen Vortrages bildete die Vorführung des „Korrespondent“ des „Tungbuchdruckers“ und aller Organe der Sparten und des Bildungsverbandes. Der Doppe-

Zweck der Veranstaltung, den Kollegen einen Einblick in die organisatorischen Vorgänge zu verschaffen und im Zusammenhang damit das so notwendige Verständnis für die Tätigkeit der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre zu wecken, ist nach allgemeiner Auffassung vollkommen erreicht worden.

Frankfurt a. M. (Drucker.) Vierteljahrsbericht. In der Junierversammlung hielt uns Herr Dr. v. d. B o r n e ein sehr interessantes Referat mit Lichtbildern über „Astronomie“, das als Einführung zur Besichtigung des Observatoriums auf dem Kleinen Feldberg zu unserm Vereinsausflug am 29. Juni gedacht war. In den Bildern wurden die Ballons mit den Apparaten, die Erdbebenwarte mit den Präzisionsinstrumenten sowie Strahlungsformsmittel gezeigt. Auch dieser aufbereitete, lehrreiche Vortrag unser Wettermacher fand eine sehr gute Aufnahme. — Infolge der Ferienzeit wies die Junierversammlung nicht den gewöhnlichen Besuch auf. Unter „Geschäftlichen“ forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, bei Abbau der Leistungszulagen sofort den Bezirks- und Gauvorstand in Kenntnis zu setzen. Ein Vortrag fand diesmal nicht statt, dafür ein lehrreicher Diskussionsabend, der eine ergiebige Aussprache brachte und auch die Erfindung der neuen Unterbandführung durch Kollegen Hans S ö d e r (Frankfurt a. M.) ausführlich erklärte wurde. — Unse am 24. August in Hanau a. M. abgehaltene vierte Kreiswandroverammlung wies eine starke Beteiligung auf. Vertreten waren Frankfurt sowie die angeschlossenen Vereine Gießen, Wehlar, Offenbach, Hanau, Althausen und die Hanauer Steinbruderkollegen. Nach der üblichen Begrüßung durch Kreisvorsitzenden Hummel sprach Kollege C u l e r (Hanau) als dortiger Bezirksvorsitzender einige herzliche Worte und wünschte der Tagung einen befriedigenden Verlauf. Vor Eintritt in die Versammlung ließ die Farbenfabrik Gebr. Schmidt (Frankfurt a. M.) im Zentraltheater einen Film abrollen zur Einführung in das in der eigentlichen Versammlung behandelte Referat über „Die Hochstoffe und Herstellung der Druckfarben“. Vortragender Herr M a y. Ausgehend von der schwarzen Farbe wurde die Reihe der bunten Skala als Erdmineral und künstliche Farbstoffe in allen ihren Zusammenhängen erklärt und Mischungen im Reagenzglas vorgeführt. Ferner das Bindemittel aller schwarzen und bunten Farben, den Firnis sowie die Trockenstoffe. Reicher Beifall wurde Herrn May für seine vorzüglichen Ausführungen spendet. Kollege L e i b (Gießen) offerierte seine von ihm selbst erfundene Rillvorrichtung für Tiegeln. Aber den Stand der Kreisliste erfolgte ein kurzer Bericht, der beabsichtigt war. Zum Ort und Abhaltung der nächsten Wandroverammlung wurde kein Beschluß gefaßt; es bleibt dem Vorstand überlassen, die nötigen Anordnungen zu treffen, die Versammlung eventuell nächstes Jahr mit dem Süddeutschen Druckertag in Heidelberg zu verbinden. Unter „Verschiedenem“ wurde der Jubiläumstermin des Gießener Vereins Erwähnung getan. Der Nachmittag vereinigte ebenfalls unter sehr starker Beteiligung die Kollegen mit ihren Damen zu einem Familienausflug nach Wilhelmshöhe, wo nach Besichtigung aller Sehenswürdigkeiten unter den Klängen einer strotzen Kapelle und Gesangsvorträgen der Hanauer „Typographia“ ein echt kollegiales Zusammensein und gemüthliche Stunden gefeiert wurden, die allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben wird. — Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles der Septemberversammlung wurde den Mitgliedern der Beifall des Vorstandes für außer Winterurlaub unterbreitet, demzufolge Anfang Oktober in der hiesigen „Antion-Druckerei“ ein Apparaturkurs (Streichsystem), im November ein Farbenmischkurs stattfinden soll, die auch den Bekehrten im letzten Bezirke zugänglich sind. Herr K u n t z sprach über „Bibliophile Handpressendruck“, womit eine kleine Druckausstellung selbstgegründeter Arbeiten verbunden war. Redner schilderte den Unterschied zwischen handwerklichem und maschinellm Druck, wobei der erstere als handwerkliche Arbeit angupprehen sei. Ebenso das Freuchen der harten Büttenpapiere, Herzichten der Handpresse, Zurechtung, Behandlung der Drucke, am Schluß die Besprechung der ausgetlegten Arbeiten und fand reichem Beifall. Unter „Technischen“ wurde das Lehrliche Zurechtverfahren besprochen und von Kollegen S c h l e e r einer scharfen Kritik mit dem Ergebnis unterzogen, daß dies Verfahren unbedingt abzulehnen sei.

Halle a. S. Dem gesamten Personal der Druckerei Otto Hendel ist gekündigt worden.

Hannover. (Korrektoren.) In unsern V e r s a m l u n g vom 5. Oktober wurde nach Erledigung mehrerer innerer Angelegenheiten Stellung genommen zu den Bestrebungen auf Einführung der Kleinreibung. Nach reger Teilnahme an der Besprechung wurde folgende Resolution eingebracht und angenommen: „Die in der letzten Zeit hervorgetretenen Bestrebungen auf Einführung der Kleinreibung fordern unsere schärfste Ablehnung heraus. Bis jetzt haben wir uns für die amtliche Rechtschreibung eingesetzt, wir berufen uns auf den Duden als Richtschnur bei jeder Gelegenheit, wir haben für seine Einführung gekämpft — und jetzt soll die amtliche Rechtschreibung beiseite geschoben werden, weil es einer kleinen Schicht so paßt. Die gedanklich erzielende Großschreibung ist für die deutsche Sprache mit ihren langen Wortbildern unerlässlich. Wir sind wohl für eine Reform der Großschreibung, nicht aber für deren vollständige Beseitigung. Den Kollegen ist zu empfehlen, daß sie sich mit dem Regent der Großschreibung vertraut machen, nicht aber, daß sie dem heute beliebten Radikalismus folgen und die Großschreibung ganz ablehnen, denn, wie Kammerk schreibt, „eine Rechtschreibung für Schwachveranlagte wird es nie geben.“ Aufstehend wurde der Artikel aus dem Suntheit des „Handhebers“ besprochen: „Wer soll Korrektur werden?“ Nach lebhafter Aussprache wurde dem Grundgedanken des Aufsasses zugestimmt.

Jena. Unse zweite Bezirksversammlung fand am 6. Oktober hier statt. Kollege T h i e m e begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und besonders unsern zweiten Wandroverordnungsbesitzer Barth, der als Referent in unserm Mitte waltete. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Nachdem Kollege Barth die kollegialen Grüße aus Berlin übermittelte, ging er in zweifelhafte Ausführungen auf sein Thema, die Aufgaben der Gewerkschaften in der Gegenwart“, ein, dabei nähere Betrachtungen aus dem Wahl-

kampf ziehend. Die politische Schlacht ist geschlagen, aber wir hätten keine Ursache, den Mut sinken zu lassen. Es müßte alles aufgeben werden, daß wir mit einer einzigen Arbeiterkraft weiter vorwärtskommen. In den Gewerkschaften müsse mit sachlicher Kritik gearbeitet und alles Trennende vermieden werden. Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung sollten 300 000 Arbeitslose in die Betriebe eingeführt werden, aber nichts geschehe. Auch haben Vertreter des ADGB, mit der Industrie in Verbindung gestanden. Und das Resultat: die Produktion könne nur angekurbt werden, wenn die Herstellungskosten gesenkt, Steuer- und Lohnabbau vorgenommen würden. Die Löhne sollten um 20 Proz. gekürzt werden und nach einigen Wochen wolle man sich wieder zusammensehen, um zu beraten, wie weit ein Preisabbau vorgenommen werden könne! Der Referent stellte fest, daß man wohl von einer Notlage der Arbeiterkraft, aber nicht von einer Notlage der Industrie sprechen kann. Das zeige die Steigerung der Reingewinne einzelner Industrien. Dann ging er auf die Jahre 1929 bei den Buchdruckern verlangte Arbeitszeitverkürzung ein und behauptete, daß unser Verband damit nicht durchgekommen ist. Es muß das Gebot der Stunde sein, Geschlossenheit zu halten und jeden Lohnabbau abzumehren. Einer scharfen Kritik unterzog er die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die eine besondere Sache aufmachen will. Die Erhebung eines Extrabeitrags von 10 Pf. seitens der RGD, würde nur dazu dienen, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Es ist heute geradezu ein Verbrechen, die einzigen Stützen zu vernichten und die Arbeiterkraft der Willkür der Unternehmer auszuliefern. Zum Schluß richtete der Referent einen Appell an die Kollegen, Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung zu haben und vorwärts, aufwärts zum Ziele der Arbeiterkraft entgegenzugehen. (Beifall.) Die Diskussion bewegte sich im Rahmen einer sachlichen Kritik. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß im Gegenzug zu früher, die Opposition überall, wo es auch sei, Kapital herausgeschlagen wollte, heute in Jena so klein geworden ist. Kollege T h i e m e hob hervor, daß das Referat bewiesen habe, daß die Gewerkschaftsmitglieder viel aktiver arbeiten müßten. Wie die Gewerkschaftsarbeit der Opposition aussehe, bewiesen besonders traurige Fälle. Kollegen, die früher in der Peuwag-Firma in Jena und heute in Erfurt tätig sind, haben sich nicht etwa für den 7-Stunden-Tag eingesetzt, sie haben sogar im Jenaer Peuwag-Betrieb 10, 12, 16, 18, 22, 24 und 36 Stunden mit nur kurzen Pausen hintereinander gearbeitet, und zwar vor Weihnachten, Neujahr und vor dem revolutionären Feiertag, dem 1. Mai. So sieht die praktische Gewerkschaftsarbeit der Opposition aus. So bekämpft die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Arbeitslosigkeit. Nach Erledigung von internen Angelegenheiten fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

Karlsruhe. (Handseher.) Im Rahmen des Winterprogramms veranstaltete unsere Vereinigung am 29. September in Baden-Baden einen Berufs- und bildungsbezogenen Vortrag über „Inseratenwesen“. Neben den hiesigen Kollegen waren diejenigen von Andern, Bühl und Rastatt zahlreich erschienen. In seinen Ausführungen zeichnete Kollege H ä f f e l e ein lautes Bild vom Aufbau des Inserates, unter Berücksichtigung des heute bevorzugten Stils. Zum Schluß kreuzte er noch den Watern Austausch. Sämtliche Anwesenden beteiligten sich an der Berechnung der aufgelegten „Inserate“. In der Diskussion wurde von den Kollegen mehr Aktivität in der Frage Watern Austausch gefordert. Weniger gut beachtet war der T e c h n i s c h e n B e r e i c h am 5. Oktober im Volkshaus. Herr Fachlehrer S c h u l t z e i s h von der hiesigen Gewerkschaft hatte die Besprechung der diesjährigen Gehilfenprüfungsarbeiten übernommen. Aus der schematischen Darstellung über das Gesamtergebnis konnte ersehen werden, daß die besseren Ergebnisse auf der theoretischen Seite liegen, obwohl gegenüber dem Vorjahr auch ein merklicher Fortschritt der praktischen Arbeiten zu verzeichnen war. Vorsitzender H ä f f e l e machte noch auf die Kurse der Vereinigung, die in Gemeinschaft mit dem Bildungsverband durchgeführt werden, aufmerksam, und Sachauschmittglied K i l l i g fand rege Unterfertigung durch die Anwesenden bei der Forderung zur Einführung einer Bezirksfachschulklasse. Dem Wunsch, eine solche Besprechung jährlich zu veranstalten, wird Rechnung getragen werden.

Kempten i. Allgäu. Am 5. Oktober fand in Sonthofen unse diesjährige F e r d b e z i r k s v e r s a m l u n g statt. Ein trüber Regen Sonntag, nicht dazu angetan, frohes Reisegefühl auszulösen, führte dennoch an die 80 Kollegen, teilweise mit ihren Frauen, in den schönen, zwischen hochaufragende Berggipfel eingebetteten Fremdenverkehrtort. Bezirksvorsitzender M i l l e r hieß alle erschienenen Kollegen mit Anbörigen und ganz besonders unsern Gauvorsitzer D ö h l i n g willkommen. Dieser referierte über das Thema „Wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen“. In leichtschaffiger Art und Weise behandelte er das Thema, so daß wohl jeder Hörer wertvolle Anregungen und Kenntnisse mit nach Hause nehmen konnte. Von ganz besonderem Interesse waren auffallendste Einblicke in das Treiben und Wirken der Großindustrie in Trufts und Konzernen und deren verneinende Auswirkungen nach der Arbeiterseite. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Auch das vom Kollegen A t n a g e r erstattete Referat über den Tungbuchdrucker in Augsburg wurde mit Beifriedigung entgegengenommen, war der Tag doch für unsern Nachwuchs ein Fest der Erbauung und der Freude. Aus den einzelnen Bezirksdruckorten wurden von deren Vertretern keinerlei Beanstandungen laut. Die nächste Bezirksversammlung findet, in Degglingburg statt. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen zu gemüthlichem Beisammensein, das durch die Gesangsvorträge der „Typographia“ Kempten in würdiger Weise gehoben wurde. Ungern verließen wir die harmonisch verlaufene Tagung, und wir hoffen alle auf ein frohes Wiedersehen im Frühjahr.

Leipzig. (Handseher.) In der Oktober-Versammlung berichtete Kollege W o l f r a m unter „Vereinsmitteilungen“ u. a. über den Mitgliedsbestand unserer Vereinigung und über die Arbeitslosigkeit. Auch wies er hin auf die Kurzarbeit und den Abbau der Leistungszulagen in einigen Handheberbetrieben, ferner auf die Verschärfung der Leistungskontrolle und Abschaffung des Berechnens, um mit demselben Personal größere Leistungen zu weit geringerem Lohn zu erzielen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Fiedler (Berlin) über „Ein Jahr Zentralkommission“. Er berichtete über die erfolgreiche Aufbaubarbeit der Zentralkommission im ersten Jahr ihrer Tätigkeit und schilderte die ersten Anfänge der Handfegerpartei bis zum Granfurter Verbandstag und der Handfeger-Vorstands-Konferenz in Heidelberg. Als ein wesentlicher Erfolg in den letzten Manteltarifverhandlungen sei die Verbesserung der Lehrlingskafala in Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit und die Minderleistung des § 8 Absatz 7 des Tariffs zu verzeichnen. Etwaige örtliche Differenzen mit den Maschinenfegerkollegen müssen im Interesse des Verbandes in folgerichtiger Weise aus der Welt geschafft werden. Die Einheit der Organisation muß uns allen am Herzen liegen. Die Zentralkommission der Maschinenfeger teilt den Standpunkt der Handfeger in vollem Maße. Mit einem Appell an die Verammelten, sich reiflos der Sparte anzuschließen und eifrig mitzuarbeiten, schloß Kollege Fiedler seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Eine Kundendingsmappe der Zentralkommission, enthaltend Geschäftsdrucksachen der Handfegervereinigungen, fand großes Interesse bei den Verammeltensteilnehmern.

Bised. (Maschinenfeger.) In unserer Versammlung am 5. Oktober fand ein Demonstrationsvortrag, die Kaviatur der Linotype, auf der Tagesordnung, der besonders von den Linotypisten mit großem Interesse verfolgt wurde. Als Referent war Kollege Pieczyk (Hamburg) erschienen, außerdem Kollege Peterkin (Hamburg), der ihn bei den Erläuterungen unterstützte. Von den in letzter Zeit herausgekommenen Neuerungen waren von der Fabrik die betreffenden Teile zur Verfügung gestellt worden. Auch diese wurden von den beiden Hamburger Kollegen den Anwesenden erklärt. Zum Schluß sprach ihnen der Vorsitzende den Dank für die sehr interessanten Ausführungen aus.

Hürnberg. (Maschinenfeger.) In unserer Versammlung am 5. Oktober war es beabsichtigt, auch die Kollegen aus den Bezirksorten waren zahlreich erschienen. Vorhergehend wurde in einem ehrsühnen Nachruf unser verstorbenen langjährigen ersten Vorsitzenden, Kollegen Ed. Kollege Müller hielt sodann einen interessanten Lichtbildvortrag über „Neuerungen an der Linotype“. Außer den Lichtbildern stellte die Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik auch einige Neuerungen in Originalteilen zur Verfügung. Nach dem Vortrag wurden sieben Kollegen für 25jährige Zugehörigkeit zur Sparte geehrt. Aus den Bezirken der auswärtigen Kollegen war zu erleben, daß in Bamberg Kurzarbeit eingeführt wurde, während in den anderen Orten die Verhältnisse zufriedenstellend sind. In Nürnberg waren sieben arbeitslose Maschinenfeger zu verzeichnen. Schließlich kam es wegen einer internen Angelegenheit noch zu einer erregten Aussprache.

Bassau. (Maschinenfeger.) In seinen Kottalkstücken Pfarrkirchen unsterblich. In unserer Versammlung, die auch von Kollegen der Druckorte Bassau, Dautenberg, Wilschhofen, Freyung u. W., Ditzelhofen und Pfarrkirchen besucht war. Ortsvereinsvorsitzender Ludwig u. er begrüßte die zahlreich erschienenen herzlich, besonders den Referenten des Bildungsverbandes, Kollegen Muecke vom Kreisverein München. Nach Erlebigung der kurzen Tagesordnung und den Berichten aus den Druckorten sprach Bezirksvorsitzender Kötter über die Wahlen zur Handwerkerkammer, den Prüfungsanschlüssen usw. und bedauerte besonders, daß dem aus Tirol zugezogenen, verbandserfahrener Betriebsleiter in einer Wilschhofener Druckerei die weitere Fortsetzung seiner Tätigkeit trotz aller geeigneter Kollegen in unserm Vaterland arbeitslos sind. Kollege Muecke sprach dann über unsere Notlage im Beruf und hielt im Anschluß daran einen interessanten Vortrag über das Insulter, der durch Musterbeispiele ergänzt wurde und bei jedem Kollegen Aufmerksamkeit fand. Reicher Beifall dankte dem Redner. — Nachmittags folgten gemüthliche Stunden mit den Pfarrkirchen Kollegen innerhalb und außerhalb des schönen Ortes.

Worms. (Handfeger.) Am 21. September trafen zum ersten Male die Vorstände der mittelhessischen Handfegervereinigungen hier zusammen, um gemeinsam die bisherige Tätigkeit im Gau zu besprechen und für die künftige Arbeit grundlegende Beschlüsse zu fassen. Außer den Vorsitzenden und Kassierern der Vereinigungen und den Referenten, Kollege Küngt (Mannheim), waren vertreten: Gauvorsitzender Conradt, die Bezirksvereine Heidelberg, Mannheim, Wiesbaden und Worms, ferner die Gauvereinigungen der Drucker, Maschinenfeger und der Stereotypisten. In seiner Begrüßung wies Vorsitzender Emsfelder darauf hin, daß viele Handfegerkollegen in sämtlichen Bezirken unseres Gaus die Notwendigkeit ihres Zusammenhanges erkannt haben, während aber in Worms eine Vereinigung leider noch nicht besteht. Er gab der Hoffnung Ausdruck, auch die Wormser Handfeger bald in unsere Vereinigung zu sehen. Bezirksvorsitzender Wölter (Worms) begrüßte die Tagung namens der Wormser Kollegenschaft. Gauvorsitzender Conradt überbrachte Grüße des Gauvorsitzenden sowie der Spartenvereinigungen des Gaus. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über den Stand der Handfegervereinigungen im Gau. Er übte Kritik an der Gleichgültigkeit vieler Handfegerkollegen, die bisher nicht zu bewegen waren, der Sparte beizutreten. Nur etwa 30 Proz. aller Handfeger gehören der Sparte an, auf die einzelnen Vereinigungen verteilen sie sich wie folgt: Darmstadt 65, Heidelberg 43, Kaiserslautern 28, Ludwigshafen 35, Mainz 68, Mannheim 50, Neustadt 38, Wiesbaden 145. Der Vorsitzende anerkannte insbesondere die erfolgreiche Tätigkeit der Vereinigung Wiesbaden, wenigstens auch die dortigen Verhältnisse für die Sparte günstiger als in den übrigen Bezirken liegen. Ein erfreuliches Ergebnis sind die in verschiedenen Bezirken gebildeten Arbeitsgemeinschaften mit dem Bildungsverband und den übrigen Sparten. Es sollte versucht werden, dies allgemein durchzuführen. Die anschließende Berichterstattung der verschiedenen Vorstände der Handfegervereine ließ erkennen, daß fast in allen Bezirken Gruppen nur langsame Fortschritt verzeichnet werden können. Eine rege Aussprache entspann sich über die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die fast überall getätigt werden. Kollege Conradt empfahl ebenfalls die Bildung von Arbeitsgemeinschaften. Durch die Gründung der Handfegerpartei sei nunmehr der Ring der Sparten innerhalb unsres Verbandes geschlossen und damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gegeben. Spartenarbeit diene,

wenn sie in dem gesteckten Rahmen erfolge, dem Wohle der Organisation. Es müsse den der Sparte fernstehenden Handfegerkollegen immer wieder vor Augen geführt werden, daß die übrigen Sparten zusammen zur Zeit ihrer Gründung nur 28 Proz., die Handfeger aber allein 72 Proz. der Verbandsmitglieder stellen. Der Anteil der Handfeger ist aber heute schon auf unter 50 Proz. gesunken und wird durch die fortschreitende technische Entwicklung noch weiter sinken. Sie werden also in Zukunft nur noch eine Spezialgruppe darstellen, die in Zahlengröße derer der Maschinenfeger und Drucker gleichkommt. Diese Erkenntnis führte auch zur offiziellen Anerkennung der Handfegerpartei durch den Verbandstag. Er warnte, den Maschinenfegern und Korrektoren wegen ihrer Ausschläge neidisch zu sein. Sie sind nicht nachteilig für die andern Gruppen, im übrigen auch berechtigt. Wer dies nicht glaubt, der hat die Entwicklung der letzten 25 Jahre nicht verfolgt. Gerade solche Kollegen, denen die tariflichen Ausschläge als unbedeutend vorliefen, fanden sie nachher als Maschinenfeger zu gering. Anschließend folgte ein Vortrag des Kollegen Küngt (Mannheim) über „Wirtschaftspolitische Zeitfragen“. In einem einleitenden Referat schilderte er treffend den Kampf der Arbeiterklasse um die nach dem Umsturz erworbenen Rechte. In seine Aufgabe sei es, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Antikommunismus auf die Gewerkschaftsbewegung, auf Partei und Konjunktionsgesellschaft zu verhindern. Das Ziel muß sein: Fern aller privatkapitalistischen und wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zu einer gemeinwirtschaftlichen und sozialen Wirtschaftsordnung. Mit allgemeinem Beifall wurde das Referat aufgenommen. Kollege Neufeld (Mannheim) gab sodann den Rassenbericht von zwei Quartalen, der eine Einnahme von 597,50 M., eine Ausgabe von 24,06 M. aufwies. In der Kasse verbleiben somit 563,44 M., in denen jedoch ein Zuschuß des Gaus Mittelteil in Höhe von 300 M. enthalten ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter „Beitragsfragen“ führte der Vorsitzende aus, daß der bisherige Beitrag für die Gauvereinigung von 5 Pf. nur provisorisch vom geschäftsführenden Vorstand festgesetzt wurde und Beschluß darüber gefaßt werden muß, ob der Beitrag erhöht oder auch für die nächste Zeit bestehen bleiben soll. Bei dem Beitrag von 5 Pf. sei es natürlich nicht möglich, der von verschiedenen Vereinigungen gewünschte Übernahme der Kosten für die Mitteilungen, der Handfeger für arbeitslose und trante Mitglieder auf die Gaultage stattzugeben. Diesen Ausführungen schloß sich eine allgemeine Aussprache an mit dem Ergebnis, daß auch in Zukunft der Beitrag für arbeitslose und trante Mitglieder an die Gauvereinigung abzuführen ist. Eine Beitragserhöhung macht sich demzufolge nicht notwendig. Die Regelung der Frage der späteren Zulammenkünfte überließ man dem Vorstand der Gauvereinigung. Kollege Kettler (Wiesbaden) trat unter „Verhiebenem“ für das Zustandekommen einer Berechnungskommission in unserm Gau ein. Die Handfegerkollegen müßten die Möglichkeit haben, bei irgendwelchen Beanstandungen seitens der Geschäftsleitung die tarifliche Gehalt einholen zu können. Es wäre somit für unsere Mitglieder ein besseres Rückgrat gegenüber dem Unternehmertum geschaffen. Ebenso müßte versucht werden, dem starken Waternutzen entgegenzutreten. Diese beiden Themen lösten eine rege Debatte aus. Kollege Conradt trat für eine Berechnungskommission am Gauwort ein, wie ja auch die übrigen Sparten technische Kommissionen haben. An drastischen Beispielen zeigte er, wieviel bezüglich des Waternustausches auf Kosten der Handfeger gelindert wird. Wozu liege sich der Waternustausch niemals ganz abschaffen, doch könnten durch zentrale Regelung Auswüchse unterbunden werden. Kollege Emsfelder bemerkte, daß auch der Gauwort in seiner letzten Handfegerversammlung sich mit der Bildung einer Berechnungskommission beschäftigt habe. Es wurden sodann vom Kollegen Kettler zwei Entschlüsse eingebracht, die von der Konferenz einmütig angenommen wurden. Sie besagen: 1. Die Tagung beschließt, den Vorstand der Gauvereinigung hat unverzüglich eine Berechnungskommission ins Leben zu rufen; auch sind die Bezirke beauftragt, örtliche Berechnungskommissionen zu bilden; 2. Betreffs Waternustausches sollen die örtlichen Vorstände dahin wirken, die Auswüchse der Waternerstellung herabzurücken. Nach Erlebigung interner Fragen war die vorgesehene Tagesordnung erschöpft. Mit der Aufforderung, weiter für die Sparte zu werben und zu wirken und mit dem Wunsch, daß den hier gefaßten Beschlüssen auch entsprochen wird, schloß der Vorsitzende nach fünfstündiger Dauer die äußerst regsam verlaufene Konferenz. — Ein Kundgang durch die Stadt Worms unter Führung des Kollegen Wölter gab der gut verlaufenden Tagung einen würdigen Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Abschluß eines Einigungsabkommens im holländischen Buchdruckgewerbe. Wie uns aus Amsterdam unterm 22. Oktober kurz mitgeteilt wurde, ist es in letzter Stunde gelungen, den drohenden allgemeinen Streik im Buchdruckgewerbe Hollands zu vermeiden. Mit Hilfe des Landesgeschäftsamts ist es zum Abschluß eines neuen, für die Dauer von drei Jahren gültigen Tariffs gekommen. Die Stundenlöhne für Geübten von 24 Jahren werden danach am 17. November 1930 um 2 Cents und weiter am 17. November 1932 um 1 Cent erhöht. In einer vorzunehmenden Arbeitsummung wird über Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifabkommens alsbald entschieden werden.

Auszeichnung des Mainzer Gutenberg-Museums. Wie schon feinerzeit mitgeteilt wurde, war das Gutenberg-Museum von dem vom spanischen Staat veranstalteten großen Ibero-amerikanischen Ausstellung aufgeführt worden, seine Gutenbergwerkstatt in Betrieb vorzuführen. Die daraufhin von dem Gutenberg-Museum durch Dr. Ruppel und Gustav Mai in Sevilla aufgebaute Schriftgießerei, Sekerei und Druckerei des 15. Jahrhunderts hatten in den 14 Monaten, die die Ausstellung dauerte, sich starker Anerkennung und zahlreicher Besuchs zu erfreuen. Anfang Oktober dieses Jahres wurde die Gutenbergwerkstatt wieder abgetrieben und wohnverpackt auf den Transport nach Mainz gegeben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt, daß dem Gutenberg-Museum für seine Ausstellung

der „Gran Premio“ mit der großen goldenen Madaille (d. i. die höchste verleihe Auszeichnung) von dem Preisgericht verliehen worden war.

Wiederanfang der Buchproduktion. Während bisher für dieses Jahr gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang in den Neuerscheinungen von etwa 4 Proz. zu bemerken war, ist — wie der „Kunst“ mitteilt — in den beiden vorletzten Monaten ein neuerliches Ansteigen der Verlagsproduktion zu verzeichnen gewesen. Im Juli wurden 870 und im August 877 Neuerscheinungen gezählt, gegen nur 863 und 768 in denselben Monaten des Vorjahres. Nach den Handelstanzberichten ist jedoch die Lage im Buchhandel wenig günstig. Besonders die Bibliothek, die als Großabnehmer in Frage kommen, haben infolge der Einschränkung ihres Etats weniger bestellt als im Vorjahr.

Tagespresse und Rundfunk. Auf dem Kongreß der Internationalen Journalistenvereinigung, der dieser Tage in Paris tagte, sprach u. a. der Chefredakteur des Belgischen Rundfunks, Theo Fleischmann über das Thema „Die Rundfunkpresse und die neuen Formen“. Er erklärte, die Tagespresse einiger Länder teile dem Sein und Werden der Rundfunkjournalistik teils sympathisch, teils gleichgültig gegenüber. Die gedruckte Zeitung sei sogar verschiedentlich als erklärte Feindin der gesprochenen Zeitung hervorgetreten, trotzdem es eine Konkurrenz zwischen beiden an sich gar nicht gebe, wie auch die gedruckte Zeitung niemals die gedruckte zu ersetzen vermöge. Der Rundfunkhörer werde nach der Mitteilung über ein Ereignis immer noch das Bedürfnis nach einer eingehenden Erläuterung und kritischen Würdigung der Vorgänge haben. Auch biete ihm die Zeitung eine politische Tendenz, was im allgemeinen für den Sprechapparat nicht in Betracht komme. Es sei aber sicher, daß angesichts der täglichen Fortschritte des Rundfunks und der Radiozeitung ihnen die Tagespresse nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Eines Tages würden beide Schicksale unter Ausschluß jeder Schädigung eigentums miteinander verknüpft sein.

Konkurrenz Nachverhandlungen im Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter. Die Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes in der Berliner Metallindustrie am Donnerstag, dem 23. Oktober, haben noch kein positives Ergebnis gehabt, sondern sind abermals vertagt worden. Spätestens am Montag, dem 27. Oktober, sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Vor Beginn der Verhandlungen am Donnerstag hatte schon Reichstanzler Brüning den Versuch gemacht, eine Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen. In einer allgemeinen Funktionärskonferenz, die der Ortsausgang Berlin des ADGB, am Freitagabend einberufen wurde, schilderte Ulrich, der Vorsitzende des Berliner Metallarbeitervereins, vom Deutschen Metallarbeiterverband zunächst ausführlich die Ursache des Streiks, wobei er besonders die einzelnen Phasen aus den Partei- und Schlichtungsverhandlungen hervorhob, in denen sich klar zeigte, daß die Berliner Metallindustriellen nicht aus wirtschaftlichen Gründen den Lohnabbau anstrebten, sondern um die gegenwärtig ungünstige Arbeitsmarktlage zur rückwärtslosen Durchsetzung ihres Machtwillens zu benutzen. Die Gewerkschaften seien durchaus nicht abgeneigt, über eine Senkung des Nominallohns mit sich reden zu lassen, wenn sich durch eine umfassende Senkung der Lebenshaltungskosten der Reallohn der Arbeiterkraft einmal wesentlich erhöhen sollte. Von den Unterhändlern der Metallarbeit sei ein gangbarer Weg der Wiederbelebung der Wirtschaft und Befähigung der Arbeitslosigkeit gesehen worden mit dem Vorbehalt auf Verzicht der wöhnlichen Arbeitszeit. Diese würde den Arbeitern ebenfalls Opfer auferlegen, die dann aber nicht für ein zweifelhaftes Experiment gebracht werden, wie es die Lohnsenkung mit der Erwartung auf eine anschließende Preisentlastung ist. Die Unternehmer haben ihren Generalangriff auf Berlin gerichtet, in der Hoffnung, daß die Berliner Metallarbeiter infolge der politischen Zerplitterung zu schwach zur wirksamen Abwehr des Angriffs der Unternehmer auf ihren Lebensstandard seien. Wie falsch die Spekulation der Unternehmer war, zeigte schon die Nichtbefolgung der kommunistischen Parole, bereits einen Tag vor dem durch das Metallarteil festgesetzten Streikbeginn die Betriebe zu verlassen. Die Front der Streikenden steht heute noch genau so fest wie am ersten Streiktag. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter zeigt, daß die Arbeiterkraft nicht nur einer starken wirtschaftlichen, sondern auch einer starken politischen Interessensvertretung bedarf. Daß dieses weder die KPD, noch die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition sein kann, hat der Streikverlauf bisher sehr deutlich erwiesen. Angesichts der absoluten Bedeutungslosigkeit der KPD, hat es der Reichstanzler abgelehnt, mit ihren Abgeordneten über die Abwicklung des Berliner Metallarbeiterstreiks zu verhandeln. Das gleiche Schicksal widerfuhr ihnen, als sie versuchten, mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen Verhandlungen anzubahnen. Dort wurden sie mit der Bemerkung abgewiesen, daß man mit ihnen nichts zu schaffen habe. Die KPD ging darauf zur „revolutionären Aktion“ über und teilte dem Verband der Metallindustriellen die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition per Einschreibebrief mit. Ein Beweis, daß auch die Kommunisten trotz aller Schreierei nur mit Wasser lachen.

Neue Bergwerksstatistik. Die Gräber der 251 Todesopfer des Alsdorfer Grubenunglücks hatten sich kaum geschlossen, als wiederum die Schreckensstunde von einem schweren Bergwerksunfall die Welt durchschleifte. Am 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, ereignete sich auf der Schachtanlage Maybach bei Friedrichsthal (15 km nördlich von Saarbrücken) eine Schlagschlagexplosion. Von den 90 eingeschlagenen Bergleuten sind nur drei aus dem Schacht herausgerettet. Einer Mitteilung der französischen Grubenverwaltung zufolge besteht keine Hoffnung, daß die Eingeschlossenen nicht gleichfalls dem Tode ausgeliefert sind. Tiefes Mitleid und Trauer erfüllt von neuem die Arbeiterchaft. Sie fordert aber auch rücksichtslose Klärstellung der Ursachen der schweren Bergwerksunfälle und durchgreifende Verhütungsmassnahmen für die Zukunft.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Preußen. Die preussische Staatsregierung hat am 23. Oktober der Reichsregierung positive Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung unterbreitet. Es handelt sich dabei um ein Programm, das im wesentlichen folgende Punkte umfaßt:
1. Keine Belegschaftsverminderung bei ausreichender Beschäftigung für 40 Wochenstunden.

